

Sigrid Bachler

Lokale Bündnisse für Familie

Beitrag des DGB zur Verbesserung der Chancengleichheit



Dr. Sigrid Bachler, geb. 1959 in Wien, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Wien, ist Referatsleiterin in der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes.

„Lokale Bündnisse für Familie“ – ein gewerkschaftlicher Arbeitsauftrag

Es gibt gute Gründe, sich an der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ zu beteiligen. Die öffentlichen Finanzen sind offenbar begrenzt, aber die Zukunftsfragen drängen trotzdem. Wir alle kennen Stichworte wie die folgenden: demographischer Wandel mit Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt, nicht ausreichende Quantität in der Kinderbetreuung, verbunden mit Schwächen des Bildungssystems und zunehmender Innovationsschwäche des Standortes Deutschland. Die Zivilgesellschaft ist deshalb gewissermaßen gezwungen, in die Bresche zu springen. Denn es besteht die Hoffnung, dass der gebündelte politische Wille der Zivilgesellschaft noch Veränderungen zugunsten von Familien möglich machen kann, für die der Staat nicht ausreichend Geld zur Verfügung hat oder zur Verfügung stellen will.

Es ist müßig darüber zu diskutieren, dass all dies in anderen Ländern in staatlicher Verantwortung unter Setzung von Standards in verschiedenster Hinsicht schon seit vielen Jahren geschehen ist und noch geschieht. Auch wenn in Deutschland riesige Beträge in den Familienlastenausgleich fließen, wurde eine infrastrukturelle Unterstützung von Familien bisher nicht ausreichend entwickelt. Der Aufbau solcher Strukturen soll jetzt - so verstehen wir den Auftrag an die „Lokalen Bündnisse“ - in der Verantwortung der Gesellschaft stattfinden.

Damit sind Chancen, aber auch Risiken verbunden. Wir sehen in den „Lokalen Bündnissen“ die Chance, dass sich eine Form von Politik entwickeln könnte, die tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, weil sie durch ihre Organisationsform als „runder Tisch“ vom Prinzip her niemanden ausschließt und die Menschen für ihre konkreten Anliegen selbst aktiv werden können. Wichtig ist allerdings, dass bisherige Aktivitäten im Politikfeld (z. B. Jugendhilfeausschüsse) mit eingebunden werden und sich keine informellen Pa-

rallelstrukturen entwickeln. Auch was die Rolle der Zivilgesellschaft an sich und des bürgerschaftlichen Engagements im Besonderen in den Prozessen und Ergebnissen der „Lokalen Bündnisse“ angeht, wird man genau hinschauen müssen.

Denn zugleich geht mit der Delegation staatlicher Verantwortung in die Gesellschaft ein Demokratiedefizit einher. So sollen sich ja alle aufgefordert fühlen, sich an den „Lokalen Bündnissen“ zu beteiligen. Doch wer sich beteiligt und was dabei herauskommt, liegt in der Verantwortung der tatsächlich lokal Handelnden. In den „Lokalen Bündnissen“ werden zu Recht pragmatisches Handeln und schnell vorzeigbare Ergebnisse gefragt sein. Wird es jedoch auch gelingen, dass sich die Teilnehmer an den „Lokalen Bündnissen“ zu Qualitätskriterien verpflichten, die Anforderungen an Partizipation, Chancengleichheit und inhaltliche Qualität beim Prozessmanagement und den Ergebnissen genügen? Der DGB wird sich deshalb darum bemühen müssen, dass aus dem Wildwuchs der Gesellschaft nicht nur eine gute Performance für die „Lokalen Bündnisse“ erwächst, sondern auch ein gemeinwohlorientierter Output entsteht. Andernfalls könnten selbstreferentielle Diskurse der Elitenbildung und fortschreitende soziale Ausgrenzung Ergebnisse von „Lokalen Bündnissen“ sein.

Zum Beispiel: Mehr Chancengleichheit für Mütter durch den Aufbau von Kindertageseinrichtungen

In nur wenigen Industrieländern sind Geburtenrate und Erwerbsbeteiligung von Müttern so niedrig wie in Deutschland. Muttersein ist in Deutschland überfrachtet mit inhaltlichen Ansprüchen, in weiten Bereichen aber frei von institutionalisierter, qualitativ dem heutigen Diskussionsstand und quantitativ der Nachfrage entsprechender, bezahlbarer Kindertagesbetreuung/pflege/erziehung/förderung/bildung. Obwohl die meisten Menschen sich Familie wünschen und die damit verbundenen Anforderungen gemeinschaftlich lösen wollen, sind die Rahmenbedingungen für ein partnerschaftliches Familienmanagement von Frauen und Männern in Deutschland denkbar schlecht. Auf der betrieblichen Ebene sind die Möglichkeiten, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, bei weitem nicht ausgeschöpft. Die meisten Mütter lösen diesen Konflikt auf eigene Kosten: Sie verzichten auf Erwerbstätigkeit oder arbeiten allenfalls Teilzeit. Das führt dazu, dass Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende deutlich öfter in Armut leben als andere Bevölkerungsgruppen. Vor allem bei hoch qualifizierten Frauen führen alle diese Widersprüchlichkeiten dazu, ganz auf Kinder zu verzichten.

In der betrieblichen Praxis muss sich durchsetzen, dass nicht nur die auf einen internationalen Arbeitsmarkt hin orientierten High-Potentials einen besseren Standort hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geboten bekommen, sondern auch die Verkäuferin und die Sekretärin. Dazu gehört auch eine verbindliche Politik der Chancengleichheit im Betrieb.

Auch Fragen der Qualitätskontrolle müssen hier ihren Raum finden. Dazu zwei aktuelle Beispiele: Bürgerschaftliches Engagement beim Aufbau von Kindertagesbetreuung/erziehung/bildung kann durchaus ein sinnvolles Element bilden. Doch vorher muss es um Kriterien gehen, unter denen ein solcher Einsatz für die Kinder, die Eltern, die Ehrenamtlichen, die Einrichtungen, die Kommunen, etc. eine Bereicherung bildet. Das Ehrenamt darf nicht einfach als stillschweigender Ausfallbürge für fehlende Finanzausstattungen herhalten. Auf einer Tagung Ende 2004 werden die großen Player im Feld des bürgerschaftlichen Engage-

ments derartige Kriterien diskutieren. Zweites Beispiel: Anfang Juli 2004 ist in der Presse von politischen Ideen die Rede, ab 2005 arbeitslose ALG II-Empfänger, z. B. Erzieherinnen, für den Aufbau von Kinderbetreuung einzusetzen. Derartige Programme können für die Betroffenen sehr sinnvoll sein, zum Erhalt und Ausbau von Qualifikationen, zur sozialen Integration und als Baustein der beruflichen Reintegration, sofern die Regularien stimmen. Das heißt: Freiwilligkeit muss Voraussetzung sein, ebenso eine angemessene Entlohnung und zumutbare Arbeitsbedingungen sowie Möglichkeiten der Fortbildung. Wenn das „Fördern“ die ihm zgedachte Rolle spielen soll, dann benötigten wir durchgängig und regelhaft Angebote, die beispielsweise über Freiwilligenagenturen abgewickelt werden könnten.

Zum Beispiel: Chancengleichheit für Kinder durch Bildungsreformen

Bildung ist die zentrale Ressource der Zukunft, für die Einzelnen und für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Doch unser bestehendes Bildungssystem ist darauf immer noch nicht eingerichtet. Es produziert weiterhin zu wenig Förderung von Anfang an und zu viel Auslese. In welche Richtung Reformen gehen müssten, ist längst bekannt: Das deutsche Bildungssystem muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir brauchen die meisten Ressourcen für den Anfang der Bildungskarrieren, für die Prävention, von der Kleinkindzeit an, um bei allen Kindern ein solides Fundament zu legen, und nicht erst für die Sekundarstufe II und bei Eliteuniversitäten. In einem Reformprozess kann es deshalb nicht darum gehen, lediglich neue Strukturen zu schaffen. Neue Strukturen alleine helfen nicht weiter. Sie müssen verbunden sein mit dem Aufbau von neuen Qualitätsstandards - auch in der Ausbildung des Fachpersonals - und der Neuverteilung von Ressourcen. Das gilt für den Aufbau von Kapazitäten im vorschulischen Bereich wie für Reformen im Schulsystem, beispielsweise der Einrichtung von Ganztagschulen. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, schon aufgrund der Größe des Feldes, um das es hier geht. Allein im Elementarbereich gibt es bereits heute in Deutschland 50.000 Einrichtungen mit fast einer halben Million Beschäftigten. Dennoch muss so schnell wie möglich gehandelt werden.

Doch nur ein grundlegend neu bestimmtes Bildungssystem, das sich als erste Stufe eines Systems des lebenslangen Lernens und der mehrfachen Chancen versteht, kann eine sich bereits abzeichnende soziale Spaltung in der Gesellschaft dauerhaft verhindern. Denn sonst etabliert sich - vermittelt über unterschiedlichen finanziellen Einsatz der Eltern - naturwüchsig ein System, wonach die Gesellschaft schon bei den Kindern zerfällt in zukünftige High-Potentials und Kinder aus sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund, die von Anfang an keine Chancen haben und ihr Leben lang auch nie welche bekommen werden.

Beteiligung des DGB an den „Lokalen Bündnissen“

Der DGB hat im Januar 2004 mit einer Tagung den Auftakt zur Beteiligung an den „Lokalen Bündnissen“ gemacht. Der DGB-Vorsitzende persönlich hat bei den DGB-Bezirken und DGB-Regionen für die Beteiligung geworben. Beim DGB-Bundesvorstand wurde eine Projektgruppe „Lokale Bündnisse“ eingerichtet. Ferner wurde eine Arbeitsgruppe mit den Mitgliedsgewerkschaften eingerichtet, die ein Einbinden der betrieblichen Ebene zum Ziel hat. Es wurden Info-Materialien erstellt und an alle DGB-Regionen verschickt. Im Intranet des

DGB wird eine entsprechende Seite als Netzwerkknoten eingerichtet. Sie wird Informationen und den Austausch anbieten. Das Thema ist auf der Internet-Seite des DGB vertreten. Auch in den Printmedien des DGB soll das Thema aufgenommen werden. Im Herbst 2004 wird eine weitere Tagung zu Erwartungen der Beschäftigten an einen familienfreundlichen Betrieb organisiert werden. Auf diese Weise sollen möglichst viele der 96 DGB-Regionen dazu ermuntert werden, sich an „Lokalen Bündnissen“ zu beteiligen.

Der DGB baut ferner drei DGB-Regionen zu seinen „Leuchttürmen“ auf, die selbst lokale Bündnisse initiieren sollen. Dazu fand ein erster Workshop statt. Die erste Bündnisgründung auf Initiative einer DGB-Region gibt es im Juli 2004. Darüber hinaus suchen wir die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Beteiligten an den „Lokalen Bündnissen“.

Mit all diesen Aktivitäten will der DGB die Chancengleichheit von Frauen und Kindern voranbringen. Deshalb beteiligen wir uns an den „Lokalen Bündnissen“. Und der DGB engagiert sich vor allem auch, weil er als Stimme für Arbeit und Gerechtigkeit ein Sprachrohr der Menschen ist. Gewerkschaften haben sich immer als Selbsthilfebewegung verstanden. Und die Gewerkschaften bringen ein spezielles Profil in die „Lokalen Bündnisse“ mit: als betriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten in den Unternehmen und in den Bereichen Bildung und Erziehung, bei Fragen der Modernisierung von Verwaltung sowie in bildungspolitischen und geschlechterpolitischen Fragestellungen. Dieses spezielle Profil der Gewerkschaften gilt es für die „Lokalen Bündnisse“ fruchtbar zu machen. Wir wollen mit unseren spezifischen Kompetenzen als ein Akteur wahrgenommen werden, der sich in einer zentralen Zukunftsfrage engagiert.